Schwerpunktbereich

Andreas Starcke*

Kinoticket oder Online-Stream?

DOI 10.1515/jura-2016-0255

Die Fallbearbeitung richtet sich an Studierende, die sich im Schwerpunktbereich mit dem Urheberrecht und seinen Bezügen zum Internetrecht beschäftigen. Den Schwerpunkt bildet die Auseinandersetzung um die Zulässigkeit des Ansehens sog. Online-Streams aufgrund urheberrechtlicher Schrankenregelungen. Der Fall wurde zur Besprechung in einer Arbeitsgemeinschaft konzipiert, würde sich aber auch als – verhältnismäßig anspruchsvolle – Klausur eignen.

SACHVERHALT

R ist Regisseur und Produzent des etwa einstündigen Films »Das Leben des X«. In diesem geht es um das Leben und Wirken des fiktiven Künstlers X. Der Film hat einen hohen künstlerischen Anspruch, praktisch jedes Bild ist von der besonderen Detailverliebtheit des R gekennzeichnet. Die Schauspieler hatten sich beim Dreh an die genauen Vorgaben des R zu halten. Auch andere Personen hatten keinen weiteren Einfluss auf die Gestaltung des Films.

F, ein passionierter Kinogänger und Filmkenner, sieht sich den Film des R im Kino an und zeichnet ihn dabei mit einer mitgebrachten Kamera auf. Da er findet, dass dieser Film der Welt auch ohne Zahlung »horrender Kino- und DVD-Preise« zur Verfügung stehen sollte, lädt er, wie von vornherein beabsichtigt, den Film beim Internet-Portal www.jutube.de in vier Teilen von je etwa 15 Minuten Länge hoch.

J ist Betreiber des genannten Internet-Portals jutube. Auf der Internetseite www.jutube.de können Nutzer nach kostenloser Registrierung Filme von bis zu 20 Minuten Länge hochladen, diese können dann auch von nicht registrierten Personen angesehen werden. Benutzt wird das technische Verfahren des On-Demand-Streamings: Der Film wird gezeigt, wenn der Nutzer dies bestimmt; dabei werden einzelne Segmente des Films auf der Festplatte des Rechners des Nutzers gespeichert, die nach dem Auslesen dieses Segments durch das Abspielprogramm automatisch gelöscht und durch das nächste Segment ersetzt werden.

Beim Schließen des Abspielprogramms wird auch das letzte Segment automatisch gelöscht. Ein Segment entspricht etwa 30 Sekunden eines Films. Die zwischengespeicherten Elemente können aufgrund ihres Formats nicht ohne weiteres vom Nutzer durch Anklicken geöffnet werden.

Eines Tages stößt der N beim Surfen im Internet auf die von F auf www.jutube.de hochgeladenen Filmteile. Da er den Film des R ohnehin im Kino ansehen wollte oder sich die DVD, die bisher noch nicht erschienen ist, kaufen wollte, entschließt er sich, das Geld lieber zu sparen und sieht sich den Film im Internet an.

Der R, der von all diesen Geschehnissen erfahren hat, fragt sich, ob er auf Grundlage eines Urheberrechts an dem Film gegen F und N vorgehen kann. Steht ihm wegen des Aufzeichnens des Films ein Schadensersatzanspruch gegen F zu? Kann er von F verlangen, den Film von der Internetplattform zu entfernen? Liegt seitens des N eine Urheberrechtsverletzung vor?

R wendet sich auch an J, damit dieser die Filmdateien von seiner Website lösche. J sieht allerdings keine Veranlassung, etwas zu tun. Was andere auf seiner Seite hochladen, ginge ihn nichts an. R will nun auch gegen J vorgehen. Kann er von ihm verlangen, dass er die Filmdateien von der Seite www.jutube.de entfernt?

LÖSUNGSVORSCHLAG

I. Schadensersatzanspruch des R gegen F wegen des Aufzeichnens des Films

R könnte wegen des Aufzeichnens des Films einen Anspruch auf Schadensersatz aus § 97 II 1 UrhG gegen F haben. Dies setzt voraus, dass F ein Urheberrecht oder ein anderes nach dem UrhG geschütztes Recht widerrechtlich verletzt hat und dabei vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt hat.

1. Bestehendes Urheberrecht

An dem Film »Das Leben des X« könnte ein Urheberrecht bestehen, wenn es sich um ein urheberrechtlich geschütztes Werk i. S. v. § 1 UrhG handelt. Der Film könnte als Film-

*Kontaktperson: Andreas Starcke, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Ruhr-Universität Bochum.

werk gem § 2 I Nr. 6 UrhG geschützt sein, dies setzt voraus, dass es sich um eine persönliche geistige Schöpfung handelt, § 2 II UrhG.

a) Grundvoraussetzung jedes Werkes ist, dass es sich um eine *persönliche Schöpfung* in dem Sinne handelt, dass das Werk auf einer menschlich gestalterischen Tätigkeit beruht.¹ Der Film beruht auf der gestalterischen Tätigkeit des R.

b) Eine *geistige Schöpfung* liegt vor, wenn der Film einen geistigen Gehalt aufweist, durch diesen selbst muss ein Gedanken- oder Gefühlsinhalt vermittelt werden.² Hier kann davon ausgegangen werden, dass der Film – über das bloße sinnlich wahrnehmbare Substrat hinausgehend – einen gedanklichen Inhalt des R vermittelt.

c) Der Film hat auch die erforderliche *wahrnehmbare konkrete Form*³ gefunden.

d) Letzte und entscheidende Schutzvoraussetzung ist, dass der Film *Individualität* aufweist,⁴ er muss Ausdruck der schöpferischen Persönlichkeit des R sein.⁵ Bei einem Film mit fiktivem Inhalt hat der Regisseur einen ganz erheblichen Gestaltungsspielraum. Aufgrund der Angaben zum hohen künstlerischen Anspruch und zur besonderen Detailverliebtheit des R, die im Film erkennbar wird, ist davon auszugehen, dass seine schöpferische Persönlichkeit deutlich im Film zum Ausdruck kommt, sodass die erforderliche Individualität jedenfalls gegeben ist. Auf die Frage, ob zusätzlich ein besonderes Maß an Individualität (die sog. Gestaltungshöhe) erforderlich ist,⁶ kommt es damit nicht an.

e) Der Film »Das Leben des X« ist ein urheberrechtlich geschütztes Filmwerk.⁷ Das Urheberrecht steht dem R als

Schöpfer des Werkes gem § 7 UrhG zu. Andere Personen hatten keinen schöpferischen Einfluss auf den Film, so dass sich auch keine Fragen der Miturheberschaft stellen.⁸

2. Verletzung des Urheberrechts

Die Verletzung des Urheberrechts setzt einen Eingriff in urheberrechtliche Befugnisse voraus, der weder durch die Einräumung eines Nutzungsrechts noch durch eine gesetzliche Schrankenregelung erlaubt ist.⁹

a) F könnte in das Urheberrecht des R *eingegriffen* haben. Hier kommt allein ein Eingriff in das Vervielfältigungsrecht aus §§ 15 I Nr. 1, 16 I UrhG in Betracht, also das Recht, Vervielfältigungsstücke des Werkes herzustellen. Durch das Aufnehmen des Films hat F eine körperliche Festlegung des Werkes geschaffen, die geeignet ist, es den menschlichen Sinnen wahrnehmbar zu machen,¹⁰ mithin ein Vervielfältigungsstück hergestellt. Durch § 16 II UrhG wird in diesem Zusammenhang klargestellt, dass es sich nicht um eine Bearbeitung handelt.¹¹ F hat also in das Vervielfältigungsrecht eingegriffen.

b) Trotz dieses Eingriffs liegt keine Urheberrechtsverletzung vor, wenn diese Handlung durch *Schrankenregelungen* erlaubt ist. Denkbar wäre ein Eingreifen der *Schranke der sog. Privatkopie*, § 53 I 1 UrhG. Dies setzt aber insb ein Handeln zum privaten Gebrauch, also dem Gebrauch in der Privatsphäre zur Befriedigung rein persönlicher Bedürfnisse durch die eigene Person oder eine mit dieser durch ein persönliches Band verbundene Person¹² voraus. F hat die Aufnahme allerdings angefertigt, um sie für jedermann frei zugänglich ins Internet zu stellen, sodass die Vervielfältigung nicht den erforderlichen rein privaten Zwecken dient. Auf § 53 I 1 UrhG kann F sich nicht berufen, auch für sonstige Schranken ist nichts ersichtlich. Der Eingriff ist also nicht durch Schranken des Urheberrechts erlaubt.

c) Auch entsprechende *Nutzungsrechte* wurden dem F nicht eingeräumt.

d) F hat das Urheberrecht des R somit verletzt, indem er eine Aufnahme des Films angefertigt hat.

1 Dreyer/Kotthoff/Meckel § 2 Rn. 18; Schricker/Loewenheim/Loewenheim § 2 Rn. 11; Schack Urheber- und Urhebervertragsrecht, Rn. 184.

2 Vgl. Schricker/Loewenheim/Loewenheim § 2 Rn. 18; Reh binder/Peukert Urheberrecht, Rn. 212.

3 Zu diesem Erfordernis etwa Dreyer/Kotthoff/Meckel § 2 Rn. 34; Reh binder/Peukert (Fn. 2) Rn. 214; Schack (Fn. 1) Rn. 187.

4 Vgl. allgemein nur Schricker/Loewenheim/Loewenheim § 2 Rn. 23; Fromm/Nordemann/A Nordemann § 2 Rn. 39.

5 Schack (Fn. 1) Rn. 189; ebenso der EuGH, s etwa Urteil Painer, C-145/10, EU:C:2011:798, Rn. 88 f.

6 Für strengere Anforderungen etwa Reh binder/Peukert (Fn. 2) Rn. 223; Schack (Fn. 1), Rn. 298; Dreier/Schulze § 2 Rn. 21; wohl auch Wandtke/Bullinger/Bullinger § 2 Rn. 24; dagegen Dreyer/Kotthoff/Meckel § 2 Rn. 64; Schricker/Loewenheim/Loewenheim § 2 Rn. 25; Fromm/Nordemann/A Nordemann § 2 Rn. 31 ff.

7 Neben dem Urheberrecht an dem Filmwerk aufgrund einer schöpferischen Leistung entsteht auch das Leistungsschutzrecht des Filmherstellers gem § 94 I 1 UrhG. Dieses betrifft keine schöpferische, sondern die wirtschaftlich-organisatorische Leistung des Filmherstellers (Dreier/Schulze § 94 Rn. 1). Aufgrund der Fragestellung ist hier aber nur auf das Urheberrecht einzugehen.

8 Vgl. allgemein zu den Problemen der Urheberschaft von Filmwerken Schack (Fn. 1) Rn. 332 ff.

9 Vgl. nur Schricker/Loewenheim/Wild § 97 Rn. 28.

10 Zur Definition der Vervielfältigung s nur Dreier/Schulze § 16 Rn. 6.

11 Vgl. Dreyer/Kotthoff/Meckel § 16 Rn. 19.

12 BeckOK-UrhR/Grübler § 53 Rn. 9; Schricker/Loewenheim/Loewenheim § 53 Rn. 14; Fromm/Nordemann/Wirtz § 53 Rn. 9.

3. Widerrechtlichkeit

Die Urheberrechtsverletzung ist auch – mangels Eingreifens von Rechtfertigungsgründen – widerrechtlich.

4. Vorsatz oder Fahrlässigkeit

F müsste vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt haben. Vorsatz setzt (im Zivilrecht) die Kenntnis der Rechtswidrigkeit voraus,¹³ die dem F nicht unterstellt werden kann. Er könnte aber fahrlässig, also unter Außerachtlassung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt (§ 276 II BGB) gehandelt haben, wobei der strenge Sorgfaltsmaßstab im Urheberrecht verlangt, dass sich derjenige, der ein fremdes Werk nutzen will, über die Rechtmäßigkeit seiner Handlungen Gewissheit verschaffen muss.¹⁴ F hat dies nicht getan, obwohl eine Rechtsverletzung jedenfalls naheliegend war, sodass er zumindest fahrlässig handelte.

5. Aktivlegitimation

Als Urheber des Films ist R zur Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs berechtigt. Da er zugleich Produzent und damit Filmhersteller ist, hat auch keine andere Person nach der Zweifelsregelung des § 89 I 1 UrhG ausschließliche Nutzungsrechte erworben.

6. Passivlegitimation

F ist derjenige, der die urheberrechtsverletzende Handlung selbst unmittelbar vorgenommen hat, er ist daher als unmittelbarer Verletzer¹⁵ passivlegitimiert.

7. Ergebnis

Dem R steht dem Grunde nach ein Schadensersatzanspruch gegen F aus § 97 II 1 UrhG zu. Hinsichtlich der Schadensberechnung kann er wählen, ob er einen konkret entstandenen Schaden i. S. v. § 249 I BGB ersetzt verlangt, einen von F erzielten Gewinn nach § 97 II 2 UrhG herausverlangt¹⁶ oder die Zahlung einer angemessenen Lizenz-

gebühr nach § 97 II 3 UrhG verlangt (*Möglichkeit der dreifachen Schadensberechnung*¹⁷).

II. Anspruch auf Entfernen des Films von der Internetplattform

R könnte gegen F einen Anspruch auf Entfernen des Films von der Internetplattform aus § 97 I 1 Var 2 UrhG haben.¹⁸

1. Bestehendes Urheberrecht

Wie bereits geprüft, besteht ein Urheberrecht des R an dem Film »Das Leben des X«.

2. Verletzung des Urheberrechts

a) Es müsste zunächst ein *Eingriff in das Urheberrecht* vorliegen, wobei nur ein Eingriff in die Verwertungsrechte des Urhebers in Betracht kommt.

aa) F hat den Film geteilt in vier Elemente auf www.jutube.de hochgeladen. Damit könnte er in das *Vervielfältigungsrecht* des R aus §§ 15 I Nr. 1, 16 I UrhG eingegriffen haben. Danach steht es allein dem Urheber zu, Vervielfältigungsstücke des Werkes, also körperliche Fixierungen, die dessen sinnliche Wahrnehmbarkeit erlauben, herzustellen. Gegenstand des Vervielfältigungsrechts ist nach dem Wortlaut des § 16 I UrhG ein Werk. Daraus folgt, dass bei Vervielfältigungen von Teilen eines Werkes entscheidend ist, ob der jeweilige Teil selbst die Anforderungen an ein Werk i. S. v. § 2 II UrhG erfüllt.¹⁹ Aufgrund der stark ausgeprägten Individualität des Films des R stellen aber

¹⁷ Näher zur Schadensberechnung im Urheberrecht: Wandtke/Wandtke Urheberrecht, Kap 10 Rn. 60 ff.

¹⁸ Auch wenn tatsächlich ein aktives Tun, das Löschen von der Plattform, verlangt wird, dürfte dieses Ziel im Wege des Unterlassungsanspruchs erreicht werden: Der Vorwurf liegt hier nicht nur im erstmaligen Bereitstellen des Werkes zum Abruf, sondern auch im Bereithalten, welches zu unterlassen ist (vgl. zum »Dauercharakter« des § 19a UrhG etwa Schricker/Loewenheim/von Ungern-Sternberg § 19a Rn. 44). Ebenso vertretbar erscheint es aber, einen Beseitigungsanspruch aus § 97 I 1 Var 1 UrhG anzunehmen.

¹⁹ Fromm/Nordemann/Dustmann § 16 Rn. 18; Schricker/Loewenheim/Loewenheim § 16 Rn. 14; ganz in diesem Sinne die Rechtsprechung des EuGH zum Vervielfältigungsrecht nach Art. 2 lit. a der Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft, Abl Nr. L 167 vom 22.6.2011, S. 10 (im Folgenden InfoRL): Urteil *Infopaq*, C-5/08, EU:C:2009:465, Rn. 38 f.; vgl. auch Urteil SAS

¹³ Staudinger/Caspers § 276 Rn. 24 f. m. w. N.; Fromm/Nordemann/J B Nordemann § 97 Rn. 62.

¹⁴ Fromm/Nordemann/J B Nordemann § 97 Rn. 64 m. w. N.

¹⁵ Vgl. nur Dreier/Schulze § 97 Rn. 23.

¹⁶ Für einen solchen Gewinn bei F ist freilich nichts ersichtlich.

auch die etwa 15-minütigen Teile des Films persönliche geistige Schöpfungen i.S.v. § 2 II UrhG und damit geschützte Werke dar, sodass F ohne weiteres in das Vielfältigkeitsrecht eingegriffen hat.

bb) Durch das Hochladen auf www.jutube.de könnte F zudem in das *Recht auf öffentliche Zugänglichmachung* aus § 19 a UrhG eingegriffen haben. Danach steht allein dem Urheber das Recht zu, das Werk drahtgebunden oder drahtlos der Öffentlichkeit in einer Weise zugänglich zu machen, dass es Mitgliedern der Öffentlichkeit von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl zugänglich ist. Durch das Hochladen stellt F das Werk – bzw seine Teile mit eigener Werkqualität – zum Abruf bereit²⁰. Zudem ist es nun der Öffentlichkeit²¹ von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl zugänglich. F hat also in das Recht auf öffentliche Zugänglichmachung eingegriffen.

cc) Weiterhin könnte F in das *Senderecht* aus § 20 UrhG eingegriffen haben. Danach hat nur der Urheber das Recht, das Werk durch Funk oder ähnliche technische Mittel der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In Abgrenzung zum Recht auf öffentliche Zugänglichmachung ist für das Senderecht aber kennzeichnend, dass Sendung und Empfang gleichzeitig erfolgen, der Nutzer also gerade nicht bestimmen kann, wann er das Werk wahrnimmt.²² Daran fehlt es hier: Der Nutzer kann das Werk erst nach erfolgtem Upload wahrnehmen und dabei den Zeitpunkt der Wahrnehmung frei bestimmen. F hat also nicht in das Senderecht eingegriffen.

b) *Schrankenregelungen* greifen zugunsten des F nicht ein, insb erlaubt § 53 I 1 UrhG nicht die öffentliche Zugänglichmachung.

c) Auch insoweit wurden dem F keine *Nutzungsrechte* eingeräumt.

d) Durch das Hochladen des Films auf www.jutube.de hat F das Urheberrecht des R verletzt.

Institute, C-406/10, EU:C:2012:259, Rn. 70. Zur Problematik bei den kurzen Elementen im Rahmen des Streamings s. u. III. 2. a) cc).

²⁰ Zu dieser Definition des Zugänglichmachens etwa Schrickner/Loewenheim/von Ungern-Sternberg § 19 a Rn. 43; speziell zum Streaming Eichelberger in: Leible (Hrsg), *Der Schutz des Geistigen Eigentums im Internet*, 2012, 17, 25; Hilgert/Greth *Urheberrechtsverletzungen im Internet*, Rn. 399.

²¹ Zur Öffentlichkeit gehört gem § 15 III UrhG jeder, der nicht mit demjenigen, der das Werk verwertet, oder mit anderen Personen, denen das Werk in unkörperlicher Form wahrnehmbar oder zugänglich gemacht wird, durch persönliche Beziehungen verbunden ist. Beim Hochladen von Dateien ins Internet in einer Weise, dass jeder Internetnutzer diese abrufen kann, ist dieser Öffentlichkeitsbegriff ohne weiteres erfüllt.

²² BeckOK-UrhR/Hillig § 20 Rn. 15. Anders ist dies beim sog. Live-Streaming, bei dem der Nutzer keinen Einfluss auf den Ablauf hat, vgl. Fromm/Nordemann/Dustmann § 19 a Rn. 20; Eichelberger (Fn. 20) 24.

3. Widerrechtlichkeit

Die Urheberrechtsverletzung erfolgte auch insoweit widerrechtlich.

4. Aktivlegitimation

Als Urheber des Films ist R zur Geltendmachung des Unterlassungsanspruchs berechtigt.

5. Passivlegitimation

F ist als unmittelbarer Verletzer passivlegitimiert.

6. Wiederholungsgefahr

Aufgrund der Erstbegehung wird die erforderliche Wiederholungsgefahr vermutet.²³ F hat nichts vorgetragen, um diese Vermutung auszuräumen.

7. Ergebnis

R kann von F Unterlassung des weiteren Bereithaltens des Films und damit die Entfernung von der Internetplattform verlangen, § 97 I 1 Var 2 UrhG.

III. Urheberrechtsverletzung durch N²⁴

1. Bestehendes Urheberrecht

Der Film des R ist ein urheberrechtlich geschütztes Werk.

2. Verletzung des Urheberrechts

a) Erforderlich ist zunächst ein Eingriff in urheberrechtliche Befugnisse. N könnte in das *Vervielfältigungsrecht*

²³ S nur Schrickner/Loewenheim/Wild § 97 Rn. 123 m. w. N.

²⁴ Ein praktisches Vorgehen gegen N würde zunächst die Kenntnis seiner IP-Adresse voraussetzen, sodann müsste der Nutzer dieser Adresse ermittelt werden, insoweit können sich Auskunftsansprüche insb aus § 101 II 1 UrhG gegen Internetprovider ergeben. Da hiermit eine Verwendung von Verkehrsdaten iSd TKG einhergeht, bedarf es einer richterlichen Anordnung gem § 101 IX 1 UrhG. Zu diesen Regelungen s insb BGH ZUM 2013, 490 – Die Heiligtümer des Todes.

des R aus § 16 I UrhG eingegriffen haben, wenn er Vervielfältigungsstücke des Werkes hergestellt hat.

aa) Jedenfalls das bloße Anzeigen des Films auf dem Bildschirm stellt keine Vervielfältigungshandlung dar.²⁵ Relevante Vervielfältigungshandlungen können daher in den kurzzeitigen Speicherungen der einzelnen Segmente des Films zu sehen sein.

bb) Vervielfältigungsstücke sind körperliche Festlegungen des Werkes, die geeignet sind, das Werk den menschlichen Sinnen unmittelbar oder mittelbar wahrnehmbar zu machen. Dies wäre unproblematisch zu bejahen, wenn beim Ansehen der gesamte Film bzw. der gesamte etwa 15-minütige Filmteil gespeichert würde, denn auch die Speicherung auf der Festplatte ist eine körperliche Fixierung, mithin eine Vervielfältigung des Werkes, die eine mittelbare Wahrnehmung (über den Bildschirm) erlaubt.²⁶ Dies ist aber nicht der Fall, es werden immer nur einzelne, sehr kurze Segmente des Films gespeichert und jeweils sofort wieder überschrieben.

cc) Insoweit werden Teile des Filmes gespeichert und damit vervielfältigt. Da § 16 I UrhG das Recht betrifft, Vervielfältigungsstücke »des Werkes« herzustellen, sieht man es überwiegend als entscheidend an, ob die einzelnen Segmente, die gespeichert werden, ihrerseits als schutzfähige Werke, also persönliche geistige Schöpfung i. S. v. § 2 II UrhG angesehen werden können.²⁷ Bei sehr kurzen Segmenten kann dies zweifelhaft sein; hier geht es um solche von etwa einer halben Minute Länge, sodass darin angesichts der starken individuellen Prägung des Films durch die Persönlichkeit des R eigenständige schutzfähige Werke gesehen werden können. Diese Werke wurden gespeichert und damit vervielfältigt. Darauf, dass die Teile des Films automatisch gelöscht werden, kommt es schon nach dem ausdrücklichen Wortlaut des § 16 I UrhG (»gleichviel ob vorübergehend oder dauerhaft«) nicht an.²⁸

dd) Nach aa kommt es auf die Frage, ob die einzelnen Elemente Werkcharakter aufweisen, gar nicht an: Entscheidend sei die (hier bereits bejahte) Werkqualität des ganzen Films, die Untersuchung der Schutzfähigkeit der einzelnen Elemente sei gekünstelt, wenn der Film als solcher wahrgenommen werden kann; eine Vervielfälti-

gung des Gesamtwerks liege auch dann vor, wenn im Wege sukzessiver, chronologisch geordneter, jeweils sofort flüchtiger Vervielfältigungen von Werkteilen tatsächlich das ganze Werk vervielfältigt wird.²⁹

ee) Welche Ansicht überzeugender ist, kann hier offenbleiben, nach beiden liegt im Ergebnis einer Vervielfältigung vor. Eine Kenntnis des Nutzers, dass beim Ansehen des Films Elemente gespeichert werden, ist jedenfalls nicht erforderlich, um eine Vervielfältigung anzunehmen.³⁰ N hat damit in das Vervielfältigungsrecht eingegriffen. Für andere Verwertungshandlungen ist nichts ersichtlich.

b) Die Vervielfältigung könnte aber durch *Schrankenregelungen* erlaubt sein.

aa) Die sog. *Schranke der Privatkopie* in § 53 I 1 UrhG erlaubt einzelne Vervielfältigungen eines Werkes durch eine natürliche Person zum privaten Gebrauch auf beliebigen Trägern, sofern sie weder unmittelbar noch mittelbar Erwerbszwecken dienen, soweit nicht eine offensichtlich rechtswidrig hergestellte oder öffentlich zugänglich gemachte Vorlage verwendet wird.

Der die Vervielfältigungen vornehmende N fällt als *natürliche Person* in den persönlichen Anwendungsbereich des § 53 I 1 UrhG. Jeder Werkteil wird auch nur einmalig vervielfältigt, sodass die Voraussetzung der »*einzelnen*« Vervielfältigungen ohne weiteres erfüllt ist.³¹ Das Merkmal »*auf beliebigen Trägern*« soll klarstellen, dass sowohl analoge als auch digitale Vervielfältigungen umfasst sind, es hat keine einschränkende Bedeutung.³²

N müsste weiter *zum privaten Gebrauch* gehandelt haben. Privater Gebrauch ist die Nutzung in der Privatsphäre zur Befriedigung rein persönlicher Bedürfnisse durch die eigene Person oder die mit ihr durch ein persönliches Band verbundenen Personen.³³ N betrachtet den Film alleine und tut sonst nichts weiter mit den Vervielfältigungsstücken, die Handlungen finden in seiner Privatsphäre zur Befriedigung persönlicher Interessen statt. Daher handelt es sich um Vervielfältigungen zum privaten Gebrauch. N will den Film auch nicht weiter verwerten, er verfolgt also *weder unmittelbare noch mittelbare Erwerbszwecke*.

²⁵ Busch GRUR 2011, 496, 498; Galetzka/Stamer MMR 2014, 292, 294; Stolz MMR 2013, 353, 355.

²⁶ Vgl. nur Busch GRUR 2011, 496, 499; Eichelberger (Fn. 20) 31.

²⁷ S. außer den Nachw. in Fn. 19 speziell zum Streaming: Eichelberger K&R 2012, 393, 394; Klein JA 2014, 487, 489; Redlich K&R 2014, 73, 74; Stieper MMR 2012, 12, 13; wohl auch Hauck/Heim JuS 2014, 303, 305; kritisch Spindler/Schuster/Wiebe § 44 a UrhG Rn. 7.

²⁸ Hilgert/Greth (Fn. 20) Rn. 406; Radmann ZUM 2010, 387, 389; Stolz MMR 2013, 353, 355; dies. verkennt offenbar Koch GRUR 2010, 574, 575.

²⁹ So Busch GRUR 2011, 496, 499 f.; Stolz MMR 2013, 353, 355; wohl auch Ensthaler NJW 2014, 1553, 1554; zumindest sympathisierend Schulze NJW 2014, 721, 722.

³⁰ Radmann ZUM 2010, 387, 389.

³¹ Auf den Streit um die maximal zulässige Anzahl kommt es insoweit nicht an, s. dazu etwa BeckOK-UrhR/Grübler § 53 Rn. 6.

³² Vgl. BeckOK-UrhR/Grübler § 53 Rn. 10.

³³ S. die Nachw. in Fn. 12.

Der Vervielfältigung darf aber *keine offensichtlich rechtswidrig hergestellte oder öffentlich zugänglich gemachte Vorlage* zugrunde liegen. Die Vorlage der Vervielfältigungen durch N wurde (urheber-)rechtswidrig³⁴ hergestellt und öffentlich zugänglich gemacht, sodass die Frage bleibt, ob diese Rechtswidrigkeit auch offensichtlich ist. Dies ist der Fall, wenn anhand objektiver Kriterien wie der Person des Anbieters, der Ausgestaltung der Website und des Preises keine vernünftigen Zweifel an der Rechtswidrigkeit des Angebots bestehen können.³⁵ Hier wird ein Kinofilm, der aktuell in den Kinos läuft und der auch noch nicht auf DVD erschienen ist, kostenlos angeboten. Dem durchschnittlichen Internetbenutzer muss sich insoweit aufdrängen, dass die Abrufbarkeit nicht dem Willen des Rechteinhabers entspricht und auch sonst nicht rechtmäßig sein kann.³⁶ Daher handelt es sich um eine offensichtlich rechtswidrig hergestellte und öffentlich zugänglich gemachte Vorlage.

Die Schranke des § 53 I 1 UrhG greift damit nicht ein.

bb) Möglicherweise sind die Vervielfältigungen aber als *vorübergehende Vervielfältigungshandlungen* nach § 44 a UrhG erlaubt. Zulässig sind danach vorübergehende Vervielfältigungen, die flüchtig oder begleitend sind und einen integralen und wesentlichen Bestandteil eines technischen Verfahrens darstellen und deren alleiniger Zweck es ist, eine Übertragung in einem Netz zwischen Dritten durch einen Vermittler oder eine rechtmäßige Nutzung eines Werkes zu ermöglichen, und die keine eigenständige wirtschaftliche Bedeutung haben.

Die Vervielfältigungsstücke werden automatisch gelöscht, sodass es sich um *vorübergehende Vervielfältigungen* handelt.³⁷ Diese müssen weiter flüchtig oder begleitend sein. *Flüchtig* sind sie, wenn es sich um eine besonders kurzlebige Speicherung handelt, die automatisch nach einer Arbeitssitzung oder einem bestimmten

Zeitablauf gelöscht wird.³⁸ Dies ist bei den hier zu beurteilenden Vervielfältigungen der Fall.

Die Vervielfältigungen sind *begleitend*, wenn sie lediglich beiläufig während eines technischen Verfahrens entstehen, insb wenn sie nur einen Zwischenschritt zur auf dem Weg zur eigentlichen Werknutzung darstellen.³⁹ Auch dieses Merkmal wäre hier zu bejahen.⁴⁰

Die Vervielfältigungshandlungen müssen weiter ein *integraler und wesentlicher Bestandteil des technischen Verfahrens* des Streamings sein, was jedenfalls dann der Fall ist, wenn die Vervielfältigung dafür unabdingbar ist, aber auch wenn das Verfahren maßgeblich auf der Vervielfältigung basiert.⁴¹ Für das Streaming ist das Vervielfältigen notwendig,⁴² es bildet also einen integralen und wesentlichen Bestandteil des technischen Verfahrens. Auf die grundsätzliche Frage, ob dieses Verfahren möglicherweise von vornherein rechtlich bedenklich sein könnte, stellt die Vorschrift nicht ab.

§ 44 a UrhG privilegiert nur Vervielfältigungen zu bestimmten Zwecken. Die Regelung des § 44 a Nr. 1 UrhG für Vervielfältigungen zur Ermöglichung einer Übertragung in einem Netz zwischen Dritten durch einen Vermittler privilegiert nur den Vermittler der Daten, nicht den Nutzer,⁴³ und ist schon deshalb nicht einschlägig. Fraglich ist also, ob es *alleiniger Zweck der Vervielfältigungen ist, eine rechtmäßige Nutzung zu ermöglichen*. Die durch die Vervielfältigungen ermöglichte Nutzung liegt hier allein im Ansehen des Films.⁴⁴ Wann eine rechtmäßige Nutzung i. S. v. § 44 a Nr. 2 UrhG anzunehmen ist, ist aber umstritten.

Nach Teilen der Literatur soll dies nur dann der Fall sein, wenn die *Quelle der Inhalte rechtmäßig* ist; die Inhalte müssen im Vorfeld rechtmäßig vervielfältigt bzw öffentlich zugänglich gemacht worden sein.⁴⁵ Wie bereits fest-

³⁴ Umstritten ist, ob Rechtswidrigkeit im hiesigen Kontext nur die Urheberrechtswidrigkeit meint oder ob auch sonstige Gesetzesverstöße die Rechtswidrigkeit i. S. v. § 53 I UrhG begründen können (vgl. zum Meinungsstand BeckOK-UrhR/Grübler § 53 Rn. 13); darauf kommt es hier freilich nicht an.

³⁵ Galetzka/Stamer MMR 2014, 292, 295; Hilgert/Hilgert MMR 2014, 85, 87; BeckOK-UrhR/Grübler § 53 Rn. 13; Stieper MMR 2012, 12, 17; nach aa ist die subjektive Sicht des konkreten Nutzers maßgeblich, s etwa Wandtke/Bullinger/Lüft § 53 Rn. 17 m. w. N. Eingehend zu Beurteilungskriterien, das Vorhandensein verlässlicher Kriterien verneinend, Eichelberger (Fn. 20) 36 f.

³⁶ Stieper MMR 2012, 12, 17; Stolz MMR 2013, 353, 355; vgl. auch Radmann ZUM 2010, 387, 389.

³⁷ S nur Hilgert/Greth (Fn. 20) Rn. 410.

³⁸ Vgl. Redlich K&R 2014, 73, 75; BeckOK-UrhR/Schulz § 44 a Rn. 4; Wandtke/Bullinger/von Welser § 44 a Rn. 2.

³⁹ Busch GRUR 2011, 496, 501; BeckOK-UrhR/Schulz § 44 a Rn. 6; Stolz MMR 2013, 353, 356; Wandtke/Bullinger/von Welser § 44 a Rn. 2.

⁴⁰ Busch GRUR 2011, 496, 501; Redlich K&R 2014, 73, 75; Stolz MMR 2013, 353, 356.

⁴¹ BeckOK-UrhR/Schulz § 44 a Rn. 8 f.; vgl. auch Urteil *Public Relations Consultants Association*, C-360/13, EU:C:2014:1195, Rn. 28 ff.

⁴² Busch GRUR 2011, 496, 501; Radmann ZUM 2010, 387, 390; Stolz MMR 2013, 353, 356.

⁴³ Busch GRUR 2011, 96, 501; Ensthaler NJW 2014, 1553, 1555.

⁴⁴ Eichelberger K&R 2012, 393, 396; Hauck/Heim JuS 2014, 303, 306. Anders wäre dies freilich zu beurteilen, wenn der N den Film nicht nur angesehen hätte, sondern weitergehende Verwertungshandlungen vorgenommen hätte.

⁴⁵ Insb Wandtke/von Gerlach GRUR 2013, 676, 680 f.; zustimmend LG Hamburg ZUM 2014, 434, 435; iE auch Busch GRUR 2011, 496, 502 f., der eine eigene wirtschaftliche Bedeutung annehmen will, wenn die Vorlage offensichtlich rechtswidrig ist; ähnlich wohl auch Dreier/

gestellt, fehlt es hier an einer rechtmäßigen Quelle, sodass auf Basis dieser Auffassung keine rechtmäßige Nutzung ermöglicht worden wäre.

Nach aA ist eine Nutzung jedenfalls dann rechtmäßig, wenn sie *durch eine Zustimmung des Rechteinhabers oder eine gesetzliche Schrankenregelung gedeckt* ist.⁴⁶ Das Ansehen des Films ist nicht durch den Urheber R erlaubt worden. Auch existieren keine Schranken, die explizit die Nutzung, also das Ansehen des Films, erlauben, insb § 44 a Nr. 2 UrhG setzt die Rechtmäßigkeit der Nutzung voraus und führt sie nicht herbei. Weitergehend wird eine rechtmäßige Nutzung zum Teil auch schon dann angenommen, wenn die jeweilige *Handlung gar nicht von den urheberrechtlichen Verbotungsrechten erfasst* ist.⁴⁷ Dies könnte beim bloßen Ansehen des Films der Fall sein. Das bloße Ansehen des Films führt zu keiner weiteren Verwertung in körperlicher Form. Der Sache nach könnte allenfalls das Vorführungsrecht (§ 19 IV 1 UrhG) einschlägig sein, dieses erfasst aber nur die *öffentliche Wahrnehmbarmachung*. Hier geht es aber um den rein privaten Werkgenuss. Dieser ist nicht von den urheberrechtlichen Verwertungsrechten erfasst und damit grundsätzlich frei.⁴⁸ Danach wäre eine rechtmäßige Nutzung ermöglicht worden.

Die Ansichten kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen, sodass der Streit entschieden werden muss. Für die zweite Ansicht spricht bereits der Wortlaut des § 44 a UrhG, der auf die Rechtmäßigkeit der Nutzung, nicht der Quelle abstellt und sich dadurch gerade von § 53 I 1 UrhG unterscheidet. Die dortige Begrenzung auf nicht offensichtlich rechtswidrig hergestellte oder öffentlich zugäng-

lich gemachte Vorlagen⁴⁹ stellt aber eine Sonderregel dar, die nicht verallgemeinert werden kann.⁵⁰ Die Rechtswidrigkeit der Quelle, also das urheberrechtswidrige Verhalten einer anderen Person, hat auf die folgende Nutzung sonst keinen Einfluss, so ist auch die bloße Lektüre eines rechtswidrig kopierten Buches oder das Ansehen einer illegal kopierten DVD keine weitere Urheberrechtsverletzung. Dementsprechend wird man den Zweck des § 44 a UrhG dann auch darin sehen können, eine Ungleichbehandlung des bloßen Werkgenusses »offline« bzw »online« zu vermeiden, indem die beim bloßen Betrachten des Werkes technisch bedingt notwendigen Vervielfältigungshandlungen vom urheberrechtlichen Verbotungsrecht ausgenommen werden. Damit muss neben der Erlaubnis der Nutzung durch Schranken oder eine Zustimmung des Urhebers auch der Fall erfasst werden, in dem eine Nutzung wie hier gar nicht urheberrechtlich relevant ist. In diesem Fall gibt es natürlich keine speziellen Schranken und ist eine Zustimmung des Rechteinhabers überflüssig. Allein diese Sichtweise entspricht auch Erwägungsgrund 33 der InfoRL⁵¹, wonach eine rechtmäßige Nutzung vorliegt, wenn diese vom Rechteinhaber zugelassen bzw nicht durch Gesetze beschränkt ist. Letzteres ist u. a. dann der Fall, wenn kein urheberrechtliches Verwertungsrecht das betreffende Verhalten erfasst.

Zu folgen ist daher der letztgenannten Ansicht, die Vervielfältigungen ermöglichen also eine rechtmäßige Werknutzung.

Zuletzt dürfen die Vervielfältigungen *keine eigene wirtschaftliche Bedeutung* haben. Eine solche liegt nur dann vor, wenn diese über den wirtschaftlichen Vorteil, der durch die bloße Nutzung des geschützten Werkes entsteht, hinausgeht;⁵² es darf also keine weitere Nutzungsmöglichkeit eröffnet werden.⁵³ Solange der Stream nur betrachtet wird, nicht aber unter Umgehung der Löschungs-Automatismen die Filmsequenzen gespeichert werden, liegt kein weitergehender Vorteil als das (an sich freie) Ansehen des Films vor. Daher hat das Speichern im Rahmen des

Schulze, § 44 a Rn. 8 und jurisPK-Internetrecht/Heckmann, Kap 3.1 Rn. 222; kritisch Eichelberger K&R 2012, 393, 396; Stolz MMR 2013, 353, 356. Ob aus europarechtlicher Perspektive auch für die Schranke der vorübergehenden Vervielfältigung eine rechtmäßige Quelle erforderlich sei, wurde dem EuGH vom österreichischen OGH als Frage vorgelegt, der EuGH ließ dies allerdings offen: Urteil *UPC Telekabel Wien*, C-314/12, EU:C:2014:192, Rn. 41.

⁴⁶ Fromm/Nordemann/Dustmann § 44 a Rn. 17; Eichelberger (Fn. 20) 40; Schricker/Loewenheim/Loewenheim § 44 a Rn. 9; Radmann ZUM 2010, 387, 390; Stieper MMR 2012, 12, 15.

⁴⁷ Blenk AfP 2014, 220, 222; Dreier/Schulze § 44 a Rn. 8; Fromm/Nordemann/Dustmann § 44 a Rn. 17; Eichelberger (Fn. 20) 41; ders K&R 2012, 393, 395 f.; Fangerow/Schulz GRUR 2010, 677, 681; Hilgert/Hilgert MMR 2014, 85, 87; Stieper MMR 2012, 12, 15. Nicht zuletzt folgt auch der EuGH dieser Sichtweise, indem er festgestellt hat, dass der Empfang von Sendungen, die geschützte Werke enthalten, also die Erfassung des Signals und die visuelle Darstellung im privaten Kreis, keine rechtlich beschränkte Handlung darstelle und deshalb eine rechtmäßige Nutzung sei (Urteil *Football Association Premier League u. a.*, C-403/08 u C-429/08, EU:C:2011:631, Rn. 170-172).

⁴⁸ Eichelberger (Fn. 20) 29; Hauck/Heim JuS 2014, 303, 306; vgl. auch Schulze NJW 2014, 721, 723, mit Änderungsvorschlägen de lege ferenda.

⁴⁹ Zum Kompromisscharakter dieser Regelung vgl. Schricker/Loewenheim/Loewenheim § 53 Rn. 19.

⁵⁰ In diesem Sinne auch Blenk AfP 2014, 220, 223; Eichelberger (Fn. 20) 42; Redlich K&R 2014, 73, 75.

⁵¹ Oben Fn. 19. § 44 a UrhG beruht auf Art. 5 I dieser Richtlinie und ist damit richtlinienkonform, also auch unter Beachtung der Vorgaben aus den Erwägungsgründen, auszulegen.

⁵² Urteil *Football Association Premier League u. a.*, C-403/08 u C-429/08, EU:C:2011:631, Rn. 175; Fromm/Nordemann/Dustmann § 44 a Rn. 19; Redlich K&R 2014, 73, 76; Stolz MMR 2013, 353, 356; Spindler/Schuster/Wiebe § 44 a Rn. 9.

⁵³ Hauck/Heim JuS 2014, 303, 306; Schricker/Loewenheim/Loewenheim § 44 a Rn. 10.

Streamings entgegen teilw. vertretener Ansicht⁵⁴ keine eigenständige wirtschaftliche Bedeutung.⁵⁵

N kann sich im Ergebnis auf die Schranke des § 44 a Nr. 2 UrhG berufen.

c) N hat das Urheberrecht des R nicht verletzt.

3. Ergebnis

Durch das Ansehen des Films hat N keine Urheberrechtsverletzung begangen.

IV. Anspruch des R auf Entfernung der Filmdateien von der Website gegen J

1. Grundsätzliche Verantwortlichkeit des J

Bevor ein konkreter Anspruch auf Entfernung der Filmdateien von der Website geprüft werden kann, ist festzustellen, ob eine Inanspruchnahme des J überhaupt in Betracht kommt. Ihm ist nämlich im Ausgangspunkt nichts anderes vorzuwerfen, als der Betrieb der Website und das Zurverfügungstellen des Speicherplatzes für Videos.⁵⁶

Nach § 7 I TMG sind Diensteanbieter (nur) für *eigene* Informationen, die sie zur Nutzung bereithalten nach den allgemeinen Gesetzen verantwortlich; für *fremde* Informationen, die sie für einen Nutzer speichern, dagegen nicht ohne weiteres. Die Verantwortlichkeit des J könnte hier nach § 10 S. 1 TMG ausgeschlossen sein.

a) J ist jedenfalls *Diensteanbieter*⁵⁷ i. S. v. § 2 S. 1 Nr. 1 TMG.

b) Die Videos müssten *fremde Informationen* darstellen. Fremd sind Informationen im Ausgangspunkt dann, wenn sie nicht vom Diensteanbieter selbst stammen.⁵⁸ Hier stammen die Informationen von den die Videos hochladenden Nutzern. Es ist auch nichts dafür ersichtlich,

dass J sich diese fremden Inhalte zu Eigen gemacht⁵⁹ hat. Die Informationen sind für J also fremd.

c) Diensteanbieter sind nach § 10 S. 1 TMG aber nur dann nicht verantwortlich, wenn sie entweder keine Kenntnis von den rechtswidrigen Handlungen oder Informationen haben (Nr. 1) oder wenn sie unverzüglich nach Kenntniserlangung zur Entfernung tätig geworden sind (Nr. 2). Hier hat J jedenfalls durch die Aufforderung des R von den rechtswidrigen Handlungen des F erfahren und ist überhaupt nicht eingeschritten. Schon aus diesem Grunde scheidet eine Berufung auf § 10 TMG aus.

d) Doch selbst im Falle des Vorliegens der Privilegierungsvoraussetzungen des § 10 TMG wäre gem. § 7 II 2 TMG ein Anspruch auf Entfernung oder Sperrung der Nutzung von Informationen nicht ausgeschlossen. Da § 10 TMG hier aber schon tatbestandlich ausgeschlossen ist, kann offenbleiben, ob § 7 II 2 TMG nur Beseitigungs- oder auch Unterlassungsansprüche betrifft.⁶⁰

e) Die Inanspruchnahme des J ist nicht von vornherein ausgeschlossen.

2. Bestehen eines »Entfernungsanspruchs«

Ein Anspruch auf Entfernung der Videodateien von der Website könnte dem R gegen J als Beseitigungsanspruch aus § 97 I 1 Var. 1 UrhG zustehen.

a) Der Film »Das Leben des X« bzw. die jeweils etwa 15-minütigen Teile des Films stellen urheberrechtlich geschützte Werke dar. Das hieran bestehende Urheberrecht des R wird durch das Hochladen durch F auch rechtswidrig verletzt.⁶¹

b) Als Urheber ist R *aktivlegitimiert*.

c) Fraglich ist aber, ob der J *passivlegitimiert*, er also der richtige Anspruchsgegner ist. Dass schon der F in Anspruch genommen werden kann, schließt es jedenfalls nicht von vornherein aus, dass auch J für die Rechtsverletzungen des F haftbar gemacht werden kann.⁶²

⁵⁴ Busch GRUR 2011, 496, 502 (bei offensichtlich rechtswidriger Vorlage); Radmann ZUM 2010, 387, 390.

⁵⁵ So auch Fromm/Nordemann/Dustmann § 44 a Rn. 27; Eichelberger (Fn. 20) 43; ders. K&R 2012, 393, 397; Hilgert/Hilgert MMR 2014, 85, 87; BeckOK-UrhR/Schulz § 44 a Rn. 14; Stolz MMR 2013, 353, 356.

⁵⁶ Die §§ 7 ff. TMG haben insoweit eine »Vorfilterfunktion«, vgl. Köhler/Arndt/Fetzer Recht des Internet, Rn. 755; Ensthaler/Weidert/Weidert/Molle Handbuch Urheberrecht und Internet, Kap. 7 Rn. 46. Die Vorschriften können auch im Rahmen der Passivlegitimation geprüft werden.

⁵⁷ Vgl. insoweit nur jurisPK-Internetrecht/Roggenkamp/Stadler Kap. 10 Rn. 99.

⁵⁸ Spindler/Schuster/Hoffmann § 7 TMG Rn. 14.

⁵⁹ Zu den Voraussetzungen und der Gleichstellung eigener und zu Eigen gemachter Informationen s. BGH GRUR 2010, 616, 618 – mari-ons-kochbuch.de; OLG Hamburg ZUM 2011, 500, 502; Spindler/Schuster/Hoffmann § 7 TMG Rn. 15 ff. Für Videoclips auf YouTube verneinte etwa auch LG Hamburg ZUM 2012, 596, 600 f. das Zu-Eigen-Machen.

⁶⁰ Zum Streitstand etwa BeckOK-InfMedR/Paal § 7 TMG Rn. 54 ff.; jurisPK-Internetrecht/Roggenkamp/Stadler Kap. 10 Rn. 453 ff.

⁶¹ S. o. II. 2. Eine darüber hinausgehende Verletzungshandlung seitens J liegt nicht vor; ob J für die Rechtsverletzung durch F einzustehen hat, ist eine Frage der Passivlegitimation.

⁶² Mehrere Beteiligte einer Urheberrechtsverletzung haften gem. § 830, 840 I BGB als Gesamtschuldner (Dreyer/Kotthoff/Meckel § 97

aa) J ist, da er selbst die rechtsverletzenden Handlungen nicht vorgenommen hat, jedenfalls nicht als *unmittelbarer Verletzer* anzusehen.⁶³ Auch für eine Haftung des J als *Mittäter, Anstifter oder Gehilfe* gem § 330 I 1, II BGB ist nichts ersichtlich. J könnte zwar der Sache nach als Gehilfe angesehen werden, da er mit der Zuverfügungstellung der Videoplattform die Urheberrechtsverletzung des F ermöglicht bzw erleichtert, es fehlt aber der erforderliche doppelte Gehilfenvorsatz, der im Zivilrecht auch die Kenntnis der Rechtswidrigkeit umfasst.⁶⁴

bb) In Betracht kommt aber eine Inanspruchnahme des J im Rahmen der *Störerhaftung*.

Die sog. Störerhaftung wurde in der Rechtsprechung zum Immaterialgüter- und Lauterkeitsrecht⁶⁵ entwickelt, um mittelbare Verletzer in Anspruch nehmen zu können. Es geht um Personen, die zwar selbst keine Rechtsverletzung begangen haben, aber in irgendeiner Weise zur Rechtsverletzung durch einen anderen beigetragen haben, diese erleichtert oder gefördert haben. So ein Fall liegt hier vor: Der J hat durch das Bereithalten der Videoplattform die Gefahr geschaffen, dass andere Personen rechtsverletzende Videos hochladen. Ein Vorgehen gegen J auszuschließen, weil er selbst die urheberrechtlichen Tatbestände nicht verwirklicht hat, erscheint höchst unbillig und auch in § 7 II 2 TMG wird offenbar die Möglichkeit der Inanspruchnahme vorausgesetzt. Nun besteht das Problem, dass das UrhG, ebenso wie MarkenG, PatG und UWG, keine spezielle Rechtsgrundlage für die Inanspruchnahme eines solchen (mittelbaren) Störers enthält. Die Rechtsprechung behilft sich damit, § 1004 BGB analog anzuwenden.⁶⁶ Verkompliziert wird das Problem der Störerhaftung noch dadurch, dass der BGH dieses Konzept für das Wettbewerbsrecht aufgegeben und durch das Konzept der wettbewerbsrechtlichen Verkehrspflichten ersetzt

hat.⁶⁷ Teilw wird dies in der Lit auch für das Immaterialgüterrecht gefordert,⁶⁸ denn auch im allgemeinen Deliktsrecht (und das Immaterialgüterrecht bildet hinsichtlich der Fragen der Rechtsverletzung Sonderdeliktsrecht) erfolgt die Zurechnung mittelbarer Rechtsverletzungen anhand der Verletzung von Verkehrspflichten: Wer eine Gefahr für ein rechtlich geschütztes Gut schafft, muss danach das Zumutbare tun, um eine Realisierung der Gefahr zu verhindern; tut er dies nicht und kommt es zu einer Verletzung des geschützten Guts, ist diese Verletzung dem Pflichten zuzurechnen.⁶⁹ Der – u. a für das Urheberrecht zuständige – I. Zivilsenat lehnt dies aber ausdrücklich ab.⁷⁰ Daran wird man sich in der Falllösung zu orientieren haben. Der für das Patentrecht zuständige X. Senat hat sich dagegen für eine Lösung über die Verkehrspflichten dogmatik ausgesprochen.⁷¹ Zu beachten ist, dass sich die Störerhaftung auf Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche beschränkt, eine Inanspruchnahme des Störers auf Schadensersatz scheidet aus.

Als Störer kann bei der Verletzung absoluter Rechte auf Unterlassung in Anspruch genommen werden, wer – ohne Täter oder Teilnehmer zu sein – in irgendeiner Weise willentlich und adäquat kausal zur Verletzung des geschützten Rechts beiträgt. Da die Störerhaftung nicht über Gebühr auf Dritte erstreckt werden darf, die nicht selbst die rechtswidrige Beeinträchtigung vorgenommen haben, setzt die Haftung des Störers die Verletzung von Prüfungspflichten voraus. Deren Umfang bestimmt sich danach, ob und inwieweit dem als Störer in Anspruch Genommenen nach den Umständen eine Prüfung zuzumuten ist.⁷²

Die Verletzung eines geschützten Rechts durch F liegt vor. Der Betrieb der Videoplattform erfolgte als solcher willentlich und ist adäquat kausal für die Rechtsverletzungen. J ist auch weder Täter noch Teilnehmer der Haupttat.

Grundsätzlich wird die Störerhaftung dadurch begrenzt, dass der Störer zumutbare Prüfungspflichten verletzt haben muss, um in Anspruch genommen werden zu

Rn. 28). In Fällen der Störerhaftung kann der Berechtigte selbst dann gegen den Störer vorgehen, wenn ihm auch ein unmittelbarer Verletzer bekannt ist (BeckOK-UrhR/Reber § 97 Rn. 46; im Fall einer Persönlichkeitsrechtsverletzung BGH GRUR 2007, 724, 726 – Meinungsforum).

⁶³ Dies entspricht auch Erwägungsgrund 27 der InfoRL (oben Fn. 19): Die bloße Bereitstellung der Einrichtungen, die eine Wiedergabe ermöglichen oder bewirken, stellt selbst keine Wiedergabe im Sinne dieser Richtlinie dar.

⁶⁴ Vgl. dazu MüKo-BGB/Wagner § 330 Rn. 27-29.

⁶⁵ Im Lauterkeitsrecht wurde sie vom BGH allerdings aufgegeben, vgl. die folgenden Ausführungen.

⁶⁶ Daraus ergibt sich für die Falllösung ein gewisses Aufbauproblem: Man kann entweder – wie hier – die Voraussetzungen der Störerhaftung im Rahmen der Passivlegitimation bei § 97 UrhG prüfen oder aber § 97 UrhG mangels Passivlegitimation verneinen und einen Anspruch aus § 1004 BGB analog prüfen. Beides führt letztlich zu gleichen Ergebnissen.

⁶⁷ Vgl. BGH GRUR 2007, 890, 892 – Jugendgefährdende Medien bei eBay (wettbewerbsrechtliche Verkehrspflichten) und BGH GRUR 2011, 152, 156 – Kinderhochstühle im Internet (Aufgabe der Störerhaftung für das Wettbewerbsrecht).

⁶⁸ J B Nordemann FS Loewenheim 215, 221 ff.; PWW/Schaub, § 823 Rn. 168 m. w. N.; hiergegen etwa Schricker/Loewenheim/Wild § 97 Rn. 75a.

⁶⁹ Vgl. etwa Raab JuS 2002, 1041, 1048.

⁷⁰ BGH ZUM 2010, 696, 697 – Sommer unseres Lebens.

⁷¹ BGH GRUR 2009, 1142, 1145 – MP3-Player-Import.

⁷² BGH ZUM 2010, 696, 697 – Sommer unseres Lebens; Schricker/Loewenheim/Wild § 97 Rn. 69; Dreier/Schulze § 97 Rn. 33, alle m. w. N. Für Videoportale s auch OLG Hamburg ZUM 2011, 500, 502; LG Hamburg ZUM 2012, 596, 602.

können. Insoweit geht es um die Frage, ob dem potentiellen Störer eine Prüfung der Inhalte ohne besondere Anhaltspunkte zuzumuten ist (proaktive Prüfungspflicht)⁷³ oder ob er erst tätig werden muss, wenn er von einer Rechtsverletzung erfährt. Es ist jedoch anerkannt, dass eine solche Pflichtverletzung nicht erforderlich ist, wenn wie hier allein die Beseitigung rechtswidriger Inhalte verlangt wird.⁷⁴ Hier hat J zudem von der offensichtlichen Rechtsverletzung erfahren, sodass ihm die Sperrung jedenfalls zumutbar ist.

Die Voraussetzungen der Störerhaftung liegen insoweit also vor, der J ist als Störer passivlegitimiert.

3. Ergebnis

R kann von J verlangen, dass er die Videodateien von der Seite entfernt, § 97 I 1 Var 1 UrhG.

73 Zu beachten ist, dass der Diensteanbieter nach § 7 II 1 TMG nicht zur Überwachung der bei ihm gespeicherten Informationen und zum Forschen nach rechtswidrigen Handlungen verpflichtet ist; damit sind aber nur anlassunabhängige Prüfungspflichten ausgeschlossen, vgl. etwa Spindler/Schuster/Hoffmann § 7 TMG Rn. 33 ff.

74 Härtling Internetrecht, Rn. 2140 m. w. N. Nach der Fragestellung kommt es nicht mehr darauf an, ob von J auch verlangt werden kann, dass er künftigen »kerngleichen« Rechtsverletzungen vorbeugt.